

Bezahlt Deutschland für die Überwachung von Palästinensern und ihren Unterstützern?

Dania Akkad, middleeasteye.net, 26.04.22

Die deutsch-palästinensische Wissenschaftlerin Anna-Esther Younes wurde von einem öffentlichen Vortrag ausgeden, nachdem eine staatlich finanzierte Einrichtung ein geheimes Dossier über sie verbreitet hatte. Sie ist vielleicht nicht allein.

„Bis zu meinem siebten Lebensjahr habe ich in der DDR gelebt, wo ich mit Geschichten aufgewachsen bin, in denen Menschen einander bespitzelt haben, inhaftiert wurden oder ihren Arbeitsplatz oder die Möglichkeit, ihr Studium zu beenden, verloren haben, wenn sie die falsche politische Meinung hatten. Man lernt früh, dass ‚Vertrauen‘ politisch ist“, sagte sie. „Deshalb war ich unglaublich schockiert und wütend, als ich von der ‚Akte‘ erfuhr.“

Die deutsch-palästinensische Wissenschaftlerin hat Klage gegen die staatlich finanzierte Einrichtung eingereicht, die angeblich hinter dem Dokument steht. Vorausgegangen war die Ausladung von einer Podiumsdiskussion 2019, nachdem den Organisator:innen ein Dossier zugespielt wurde, in dem sie als antisemitisch und als Sympathisantin von Terrorist:innen dargestellt wurde.

Die Anwälte von Anna-Esther Younes, einer Wissenschaftlerin auf dem Gebiet der kritischen Rassismustheorie, reichten Anfang des Monats vor dem Berliner Landgericht eine Zivilklage gegen den Verein für eine demokratische Kultur in Berlin (VDK) ein. Es handelt sich um einen Dachverband, der Projekte zur Förderung einer „menschenrechtsbasierten demokratischen Kultur“ betreut.

Sie haben auch eine Beschwerde gegen die Berliner Datenschutzbehörde übergeben, die fast zwei Jahre, nachdem Younes um Hilfe gebeten hatte, noch nicht entschieden hat, ob zwei Organisationen, die vom VDK beaufsichtigt werden, ihre Daten unrechtmäßig verarbeitet haben.

Dies ist nur die jüngste Verleumdungskampagne gegen die Wissenschaftlerin und Journalistin, aber das Dossier, so sagte sie gegenüber *Middle East Eye*, „war ein Wendepunkt für mich, nachdem meine Person jahrelang angegriffen worden war“. Ihre Erfahrungen sind eines von vielen Beispielen für die erdrückende Atmosphäre, der pro-palästinensische Aktivist:innen, Akademiker:innen, Künstler:innen, Schriftsteller:innen und andere in Deutschland seit Jahren ausgesetzt sind.

Dies gilt insbesondere, seit der Bundestag 2019 eine Resolution verabschiedet hat, in der er die Boykott-, Divestment- und Sanktionskampagne (BDS) verurteilt und deren Methoden als antisemitisch bezeichnet – die gewaltfreie, von der Zivilgesellschaft geführte Bewegung, die versucht, wirtschaftlichen Druck auf Israel zur Unterstützung der Palästinenser:innen zu mobilisieren.

Younes' Unterstützer sagen, dass sich ihr Fall noch als Wendepunkt erweisen könnte. Er legt nämlich öffentlich die Dimension offen, in der staatlich unterstützte Organisationen, die mit der Überwachung von Antisemitismus und Rechtsextremismus beauftragt sind, auch palästinensische Unterstützer:innen beobachten.

„Wir können nicht beweisen, dass sie Daten über jede/n Befürworter:in palästinensischer Rechte in Deutschland sammeln“, sagte Alice Garcia vom *European Legal Support Center (ELSC)* mit Sitz in Amsterdam, das Younes bei ihrer Klage unterstützt. „Aber das könnte möglich sein.“

Am Vorabend eingeladen

Younes, die derzeit als Forschungsberaterin tätig ist, sollte im November 2019 auf einem von der deutschen Partei *Die Linke* organisierten Podium über Strategien gegen Rechtsextremismus sprechen.

Doch am Abend vor der Veranstaltung, als Younes ihren Vortrag fertig stellte, rief ein Mitglied der Partei an, das bei der Organisation der Veranstaltung half, und teilte mit, dass sie nicht mehr eingeladen sei.

Am folgenden Tag fragten mehrere Zuhörer während der Veranstaltung, warum Younes nicht sprechen werde. In einem von *MEE* gesichteten Videoclip erklärte Katina Schubert, Vorsitzende der Partei *Die Linke* in Berlin, dass Younes der BDS-Bewegung nahestehe, mit der die Partei nicht zusammenarbeite.

Dann verwies sie auf den bewaffneten Angriff auf eine Synagoge in der ostdeutschen Stadt Halle, der sich drei Wochen zuvor ereignet hatte. Zweiundfünfzig Gemeindeglieder, die Jom Kippur feierten, entgingen Berichten zufolge dem Zugriff des Mannes, der später als Rechtsextremist identifiziert wurde, dank einer schweren, verriegelten Tür.

„Antisemitismus ist eine der schlimmsten Bedrohungen für uns, die wir hier haben für den demokratischen Diskurs für die Demokratie und für die Menschen jüdischen Glaubens, die hier im Land leben und deshalb dürfen wir keine Ungenauigkeiten zulassen“, ist Schubert auf der Aufnahme zu hören. „Deshalb ist der Entscheidungsprozess jetzt so. BDS kann kein Bündnispartner sein.“

Younes erklärte gegenüber *MEE*, dass alle an der Veranstaltung Beteiligten schon lange im Voraus wussten, dass sie sprechen würde. „Mehr als einen Monat lang“, sagte sie, „wusste jeder auf dem Podium von meiner Teilnahme und war damit einverstanden.“ Als sie eingeladen wurde, teilte man ihr lediglich mit, dass es Komplikationen gegeben habe, ohne Einzelheiten zu nennen.

Einige Wochen später, als ihr ein Dossier zugespielt wurde, wurde alles klar.

Die geheime Akte

Bei dem zweiseitigen Dokument, das Younes erhielt und das *MEE* einsehen konnte, handelt es sich um eine Zusammenstellung öffentlich zugänglicher Informationen über sie, die chronologisch geordnet und mit Links und Kommentarausschnitten versehen sind.

Im März 2020 beantragte Younes bei *RIAS Berlin* und *MBR* Zugang zu allen Daten, die über sie gesammelt worden waren und auf die sie laut ihren Anwälten nach europäischem Datenschutzrecht Anspruch hatte.

Da gibt es zum Beispiel Notizen über ihre Schrift über Frauen in der Hamas-Bewegung, die nach Ansicht des Autors „sowohl die Hamas als auch den Sexismus innerhalb der Organisation legitimiert“; einen Facebook-Post aus dem Jahr 2014, in dem Younes ein Foto von Graffiti an einer Wand mit der Aufschrift „Boykottiert die Apartheid Israel“ teilte; und einen Brief aus dem Jahr 2019, den sie - zusammen mit über 100 anderen Akademikern - unterzeichnete und in dem sie ihre Besorgnis über die zunehmende Tendenz in Deutschland äußerte, Kritik an Israel mit Antisemitismus gleichzusetzen.

Das Dokument hört nicht bei Younes auf. Es hebt auch hervor, dass der Veranstaltungsort, an dem die Podiumsdiskussion stattfinden sollte, von einer Theatergruppe genutzt wurde, die „in der Vergangenheit durch ihre antisemitische Haltung aufgefallen ist“. Der Theaterleiter, so heißt es weiter, habe 2015 bei einer Nakba-Demonstration eine Rede gehalten, die ohne nähere Angaben als antisemitisch bezeichnet wird.

Ein Hinweis am Anfang des Dossiers besagt, dass das Papier nicht zur Veröffentlichung bestimmt ist, aber wenn der Leser daraus zitieren möchte, sollte er sich an die Recherche- und Informationsstelle *Antisemitismus Berlin (RIAS)* oder die *Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)* wenden.

Als sie das Dossier zum ersten Mal las, sagte Younes, dass ihr Herz raste. Es erinnerte sie an ihr Aufwachsen in der DDR vor dem Fall der Berliner Mauer, als sie und ihre Mutter verhört wurden.

„Bis zu meinem siebten Lebensjahr habe ich in der DDR gelebt, wo ich mit Geschichten aufgewachsen bin, in denen Menschen einander bespitzelt haben, inhaftiert wurden oder ihren Arbeitsplatz oder die Möglichkeit, ihr Studium zu beenden, verloren haben, wenn sie die falsche politische Meinung hatten. Man lernt früh, dass ‚Vertrauen‘ politisch ist“, sagte sie. „Deshalb war ich unglaublich schockiert und wütend, als ich von der ‚Akte‘ erfuhr.“

MEE fragte Younes, was sie von den Äußerungen der Partei *Die Linke* halte, dass sie BDS nahestehe und ob ihre Position zu der Bewegung eine Rolle spielen sollte, wenn es darum geht, öffentlich zu sprechen. „Ich bin für das eindeutige Recht jedes Volkes oder jeder Gemeinschaft, ihre Rechte als Volk zu verteidigen, zum Beispiel gegen Ungerechtigkeit, Kolonialismus, Rassismus oder Krieg, wie es im internationalen Recht verankert ist“, sagte sie.

In Deutschland scheine es jedoch eine „strukturelle und institutionelle Kontrolle darüber zu geben, wer am öffentlichen Diskurs teilnehmen darf“, sagte sie.

MBR und *RIAS Berlin* haben auf mehrfache Anfragen zu diesem Artikel nicht reagiert.

Daten weiter verfolgt

Im März 2020 beantragte Younes bei *RIAS Berlin* und *MBR* Zugang zu allen Daten, die über sie gesammelt worden waren und auf die sie laut ihren Anwälten nach europäischem Datenschutzrecht Anspruch hatte.

Als die Organisationen ihre Anfragen ablehnten, reichte Younes eine Beschwerde bei der Berliner Datenschutzbehörde ein und forderte sie auf zu entscheiden, ob *RIAS Berlin* und *MBR* ihre personenbezogenen Daten unrechtmäßig verarbeitet hatten und sie zur Herausgabe ihrer Daten zu zwingen.

Das war im Mai 2020. Fast zwei Jahre später wartet Younes immer noch auf eine Entscheidung, deshalb haben ihre Anwälte nach eigenen Angaben die Zivilklage gegen den *VDK*, den Dachverband von *MBR* und *RIAS Berlin*, sowie eine Beschwerde gegen die Datenschutzbehörde eingereicht.

„Unserer Meinung nach handelt es sich um einen eindeutigen Fall, der eigentlich in einem Jahr entschieden werden sollte“, sagte Giovanni Fassina, ein Anwalt, der die *ELSC* leitet. „Aber als es sich dann so schleppend gestaltete, sagten wir: ‚OK, wir müssen handeln, sonst werden sie nie entscheiden.‘“

Es ist nicht illegal, offenes Quellenmaterial über eine Person zu sammeln. Journalist;innen können beispielsweise Daten für das Schreiben von Artikeln oder Berichten sammeln. Die Informationen über Younes wurden jedoch auf irreführende und ungenaue Weise zusammengestellt und dann verwendet, um sie von einer Veranstaltung auszuladen, nicht für journalistische Zwecke, so Fassina. Dies verstöße gegen das europäische Datenschutzrecht.

„Wir fordern das Gericht auf, diese Verstöße anzuerkennen, Anna Zugang zu ihren Daten zu gewähren und schließlich alle Daten zu löschen, die sie über sie haben“, sagte er.

Ganz allgemein behauptet die *ELSC*, dass die Art und Weise, wie Younes' Daten gesammelt und verarbeitet wurden - ohne ihr Wissen oder ihre Zustimmung – „einer Überwachung“ durch öffentlich finanzierte Einrichtungen ohne Transparenz oder Rechenschaftspflicht gleichkommt. *RIAS* und *MBR*, so Fassina, leisten wertvolle und kritische Arbeit bei der Überwachung rechtsextremer Gruppen.

„Neonazis und andere Extremisten sollten überwacht werden. Aber das Problem ist, dass sie Neonazis mit allen, die sich für Palästina einsetzen, in einen Topf werfen, und das ist problematisch. Das ist weder ehrenhaft noch akzeptabel“, sagte er.

Der Pressesprecher der Berliner Staatsanwaltschaft, Simon Rebiger, sagte gegenüber *MEE*, dass er sich nicht zu Younes' Fall äußern könne, da dieser noch nicht abgeschlossen sei. Er sagte jedoch, dass

die Berliner Staatsanwaltschaft aufgrund der Covid-Pandemie und der hohen Arbeitsbelastung nicht in der Lage sei, jeden Fall innerhalb der vorgesehenen Zeit zu bearbeiten.

„Wir bedauern, dass dies bedeutet, dass Beschwerdeführer manchmal länger als üblich auf eine Entscheidung in ihrer Angelegenheit warten müssen. Im vorliegenden Fall arbeitet die Berliner Datenschutzbehörde aktiv auf eine Entscheidung in den kommenden Monaten hin“, sagte er in einer Erklärung.

Netz ausgeworfen

Es stellt sich die Frage, ob Younes die einzige palästinensische Bürgerrechtlerin war, deren Daten verfolgt, gesammelt und weitergegeben wurden. Nach dem Bekanntwerden des Dossiers beantragten einige Verteidiger:innen palästinensischer Rechte selbst Datenzugang beim *RIAS Berlin*, um dies herauszufinden.

Eine von ihnen war Iris Hefets, eine in Berlin ansässige Psychoanalytikerin, die 2002 den Staat Israel verließ, um in Deutschland ein neues Leben zu beginnen, und die in den vergangenen zwei Jahrzehnten wegen ihrer politischen Ansichten über Israel und Palästina öffentlich in die Kritik geraten ist.

Sie war 2016 Vorsitzende der *Jüdischen Stimme für einen gerechten Frieden im Nahen Osten*, als die deutsche Bank der Organisation aufgrund ihrer Unterstützung für BDS ihr Konto schloss.

Wenn Younes eine Akte hat, so Hefets, dann ist es absolut plausibel, dass andere Befürworter:innen wie sie auch eine haben. Aber sie betonte, dass sie sich im Gegensatz zu Younes und anderen, die Gegenstand von Verleumdungskampagnen waren, in einer „Luxussituation“ befinde: Ihr Lebensunterhalt sei nicht betroffen. „Ich tue das aus Solidarität und weil ich besorgt bin über das Abdriften nach rechts hier in Deutschland sowie die Anwendung totalitärer Methoden“, sagte sie.

MEE hat erfahren, dass mindestens vier Personen, die eine Akte angefordert hatten, eine Antwort erhielten, in der der *RIAS* nicht darauf einging, ob ihre individuellen Daten gespeichert waren oder nicht, sondern *RIAS* stattdessen eine allgemeine Erklärung über die Arbeit der Organisation und rechtliche Ausnahmen abgab, die bedeuten, dass sie keine Daten weitergeben musste.

Fassina sagte, wenn Younes' Fall erfolgreich sei, hoffe man, dass dies „den Weg für andere palästinensische Rechtsverteidiger:innen in Deutschland ebnen wird, ihre Daten anzufordern, um sicherzustellen, dass es keine weiteren geheimen Dossiers über sie gibt“.

Übersetzung Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle:

<https://www.middleeasteye.net/news/germany-palestine-supporters-surveillance-paying-case-answer>